



Nr. 153 | 29.07.2022

Zentralasien-Analysen

- Macht und Informalität in Kirgistan
- Verfassungsreferendum in Kasachstan

■ ANALYSE	
Eine weitere »gestohlene« Revolution? – Macht und Informalität in Kirgistan	2
Aksana Ismailbekova (Leibniz-Zentrum Moderner Orient (ZMO), Berlin)	
<hr/>	
■ KOMMENTAR	
Ein Meilenstein auf dem Weg nach...?	
Anmerkungen zum Verfassungsreferendum in Kasachstan	7
Beate Eschment (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin)	
■ DOKUMENTATION	
Offizielles Endergebnis des Republikanischen Referendums in Kasachstan am 05. Juni 2022	9
■ KARTEN	
Territorialreform in Kasachstan	12
<hr/>	
■ CHRONIK	
23. Mai – 24. Juli 2022	13
Kasachstan	13
Kirgistan	17
Turkmenistan	20

Eine weitere »gestohlene« Revolution? – Macht und Informalität in Kirgistan

Aksana Ismailbekova (Leibniz-Zentrum Moderner Orient (ZMO), Berlin)

DOI: 10.31205/ZA.153.01

Zusammenfassung

Der Regierungssturz von 2020 in Kirgistan reiht sich ein in eine Reihe von Revolutionen im Land, welche keine tatsächlichen politischen Veränderungen bewirkt haben. Warum sind sich scheinbar alle Kommentator:innen einig, dass die Revolution »den Frauen und jungen Menschen gestohlen wurde«? Und welche Folgen hat es, wenn junge Menschen den Glauben daran verlieren, dass sich an den Machtverhältnissen in ihrem Land etwas ändern lässt? Es wird argumentiert, dass es progressive Bewegungen in Kirgistan nach den jeweiligen Revolutionen bisher nicht vermocht haben, sich eine von den etablierten Eliten unabhängige Machtbasis aufzubauen. Etablierte Eliten wiederum konsolidieren ihre eigene Machtbasis, in dem sie Teile von progressiven Bewegungen in den informellen Regierungskomplex einbinden. Hierdurch werden diese in korrupte staatliche Strukturen integriert, deren Überwindung das ursprüngliche Ziel vorangegangener Revolutionen war.

Einleitung

Die Revolution in Kirgistan am 4. Oktober 2020 wurde vor allem von jenen Teilen der kirgisischen Gesellschaft getragen, die bisher am stärksten »marginalisiert« und »zum Schweigen gebracht« wurden: Frauen und junge Menschen. Angetrieben wurden diese »Revolutionäre« durch den Wunsch nach mehr Gerechtigkeit und einem Ende des Unrechts, das im aktuellen politischen System herrscht. Ihre Forderungen umfassten eine verbesserte Regierungsführung, die Einhaltung rechtstaatlicher Grundsätze, gerechte Wahlen, eine bessere Korruptionsbekämpfung, ein stärkeres Vorgehen gegen die kriminellen Netzwerke im Land und eine Abkehr vom alten, sowjetisch geprägten Regierungssystem. Die Abdankung von Präsident Sooronbaj Dscheenbekow am 15. Oktober 2020 erschien den Protestierenden wie ein Signal, dass sie nicht nur einen Machtwechsel, sondern einen umfassenden Sieg progressiver Ideen über ein ungerechtes politisches System, Wahlfälschung und Korruption errungen hatten. Dabei hatten sie anfangs lediglich eine Annullierung der Wahlergebnisse gefordert.

In diesem Kontext ist es wichtig zu erwähnen, dass Dscheenbekow im Vorfeld eine faire Parlamentswahl versprochen hatte. Stattdessen erwies sie sich jedoch als eine der schmutzigsten Wahlen in der jüngeren Geschichte des Landes, was vor allem daran lag, dass in großem Stil Stimmen gekauft wurden. Die heftigen Reaktionen junger Menschen auf die manipulierten Wahlen weckten die Hoffnung, dass die progressiven Kräfte des Landes dieses Mal einen nachhaltigeren Sieg davon tragen könnten.

Nachdem Präsident Dscheenbekow gestürzt wurde, kamen viele seiner politischen Gefangenen frei. Unter ihnen war auch Sadyr Dschaparow, der kurz darauf die

Amtsgeschäfte als Präsident übernahm. Er war 2017 verhaftet worden, nachdem ihm ein gewaltsamer Umsturzversuch vorgeworfen wurde. Während der Revolution im Oktober 2020 stellte er seine politischen Fähigkeiten unter Beweis: Er machte sich die chaotischen Zustände im Land und das entstandene Machtvakuum zunutze und konnte so schnell die Kontrolle übernehmen. Obwohl er den Rückhalt der kirgisischen Jugend und vieler Menschen auf dem Land genoss, gewann er die Präsidentschaftswahl mit einem historisch niedrigen Wahlergebnis von weniger als 40 Prozent der Stimmen der Wahlberechtigten.

Die *Revolutsia*, wie sie vor Ort genannt wird, mag zwar zu einem Machtwechsel geführt haben. Ob die marginalisierten Teile der kirgisischen Gesellschaft und ihre Interessen in Zukunft jedoch wirklich mehr Gehör finden werden, ist unklar. Hat die Revolution das Schweigen der jüngeren Generation gebrochen? Können Frauen nun offener am politischen Leben teilhaben? Wurden die progressiven Hoffnungen der Demonstrant:innen von den älteren Eliten und Patriarchen im Land aufgegriffen und erkennen sie diese an? Und werden sich diese progressiven Ideen langfristig in der politischen Arena behaupten können oder doch wieder an den Rand gedrängt? Binnen weniger Monate nach der Wahl der neuen Regierung begannen die anfänglichen Hoffnungen der kirgisischen Gesellschaft bereits wieder zu schwinden.

Die symbolische Bedeutung der »Lustration« Sadyr Dschaparows Aufstieg zur Macht wurde vom Versprechen der »Lustration« begleitet. Seine Befreiung aus dem Gefängnis war dem Druck junger Aktivist:innen zu verdanken. Im Gegenzug versprach er, den Staatsap-

parat von den alten Garden zu säubern, um einer neuen, »unverbrauchten« Generation die Möglichkeit zu bieten, die politische Zukunft des Landes mitzugestalten. In seiner Rolle als Interims-Premierminister ernannte Dschaparow in der Zeit zwischen der Revolution und den darauffolgenden Wahlen sogar zwei prominente junge Aktivist:innen zu Minister:innen: Tilek Toktogasijew zum Agrarminister und Elmira Surabaldijewa zur stellvertretenden Premierministerin. Nach der Wahl Dschaparows zum Präsidenten wurde jedoch schnell klar, dass er viele seiner früheren Versprechen brechen würde. Auch die beiden Aktivist:innen verloren ihre Posten wieder. Für manche seiner Anhänger:innen, vor allem jenen aus ländlichen Regionen, sind solche gebrochenen Versprechen noch kein Grund zur Enttäuschung. Da sie grundsätzlich alle Politiker:innen für korrupt halten, gingen sie ohnehin davon aus, dass sich auch Dschaparow nicht an die Regeln halten werde. Er ist ihnen jedoch lieber als andere Politiker:innen, weil er zumindest Ähnliches durchgemacht hat wie sie, und sie hoffen, dass er die im Land herrschende Korruption noch zu ihrem Vorteil wenden könnte. Für diejenigen, die ihm während der Revolution zur Rückkehr auf die politische Bühne verholfen haben, ist sein Verhalten als Präsident jedoch mehr als enttäuschend. Sie befürchten, dass die versprochene Lustration nicht mehr stattfinden wird.

Wie genau eine Lustration in Kirgistan überhaupt aussehen würde, ist schwer zu sagen. Als Symbol stand sie schon immer sehr weit oben auf der politischen Agenda. Bei allen drei Revolutionen mit anschließenden Regimewechseln, die Kirgistan seit der Unabhängigkeit erlebt hat, spielte sie eine entscheidende Rolle. In der Vergangenheit mangelte es jedoch am politischen Willen, sie auch wirklich umzusetzen. Das lag daran, dass die neuen Machthaber:innen lieber an der Politik ihrer Vorgänger:innen festhielten und Lustrationen als Waffe gegen ihre eigenen Widersacher:innen gebrauchten. Hinzu kommt, dass der Begriff der Lustration nicht in allen Teilen der Gesellschaft gleich verstanden wird. Obwohl sich alle über die allgegenwärtige Korruption beschwerten, finden einige Leute es zum Beispiel vollkommen in Ordnung, die Macht, die den alten Eliten entrissen wurde, an die eigenen Kinder weiterzureichen. Lustration war nichtsdestotrotz eine der zentralen Forderungen der Revolution von 2020 und bildete die Grundlage zahlreicher Kundgebungen. Aktiverer Teilnehmer:innen der Revolution sind sich der Tatsache, dass sie von Dschaparows Agenda verschwunden ist, daher schmerzlich bewusst.

Die »gestohlene« Revolution

Warum lässt sich nun aber von einer »gestohlenen« Revolution sprechen? Trotz ihrer großen Altersunterschiede, verschiedenen ethnischen Zugehörigkeiten und poli-

tischen Ansichten schaffte es die progressive Generation, geschlossenen Widerstand gegen Gesetzlosigkeit, Willkür, Missbrauch administrativer Ressourcen, Bestechung und Manipulation zu leisten. In der politischen Arena konnten sich progressive Ideen trotzdem nicht durchsetzen und spielen dort auch weiterhin nur eine untergeordnete Rolle. Teilweise lässt sich diese Tatsache damit erklären, dass die Politik über bewährte Mittel verfügt, die politischen Aktivitäten junger Menschen zu sabotieren oder zu verhindern, zu denen auch unrechtmäßige Methoden wie Bedrohung, Gewalt, Erpressung und Verfolgung gehören.

Aber auch wenn sie nicht solchen Methoden ausgesetzt sein würde, würde es der progressiven Generation an politischer Durchsetzungskraft mangeln. Verglichen mit den etablierten politischen Kräften verfügt die jüngere Generation über zu wenig Ressourcen, politischen Einfallsreichtum und Vernetzungsfähigkeit. Kleine Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen entwickeln sich schnell zu unüberbrückbaren politischen Gräben. Als 2020 Versuche zur Bildung von Koalitionen unternommen wurden, schaffte es die Reform-Partei zum Beispiel nicht, sich mit einer der beiden anderen Oppositionsparteien, Ata-Meken oder Respublika, auf eine Zusammenarbeit zu einigen, da keine von ihnen dazu bereit war, von eigenen Prinzipien abzurücken. Wahrscheinlich ist der Idealismus junger, politisch aktiver Menschen schlichtweg zu groß. Ihnen liegt die Vorstellung fern, dass es sich bei der Politik um ein »dreckiges, unfaires Geschäft« handelt. Womöglich müssten sie jedoch flexibler, kompromissbereiter und manchmal auch manipulativer sein, um ihre Ziele durchsetzen zu können – auch dann, wenn es ihnen eigentlich um eine Stärkung der »Prinzipien guter Regierungsführung« geht.

Das Scheitern der Protestbewegungen von 2020 hat allem Anschein nach auch mit den politischen Präferenzen der kirgisischen Bürger:innen zu tun. Vereinfacht gesagt hätten die Demonstrant:innen überzeugend darstellen müssen, wie liberale Vorstellungen von Gerechtigkeit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung durch frühere revolutionäre Generationen verraten wurden. Nur so hätten sie ihrer politischen Agenda Wirksamkeit verleihen können. Die Aufstände von 2020 haben dem Kampf für einen wirklichen Wandel im Land auch deshalb geschadet, weil wichtige Aspekte wie die Unterschiede zwischen Stadt und Land, Sprachbarrieren zwischen kirgisisch- und russischsprachigen Bürger:innen, ungleiche Bildungschancen, Armut, Klassenunterschiede und soziale Ungleichheit einfach ausgeblendet wurden. All diese Faktoren bestimmen jedoch die politischen Interessen verschiedener Wähler:innengruppen. Auf dem Land glauben viele Menschen nicht mehr an liberale Gerechtigkeits-

vorstellungen, demokratische Prinzipien und den Kampf gegen die Korruption.

Alles in allem kann die Revolution aufgrund ihres Scheiterns als »gestohlen« bezeichnet werden. Zwar konnten die von jungen Menschen getragenen Bewegungen die staatlichen Behörden zu fairen Parlamentswahlen zwingen. Die von ihnen bewirkten Veränderungen an der Staatsspitze waren jedoch rein kosmetischer Art. Wie bereits nach den Revolutionen von 2005 und 2010 konnten sich die etablierten politischen Netzwerke auch dieses Mal an der Macht halten. Bei allen drei Revolutionen verwarfen die aus ihnen hervorgegangenen Übergangskoalitionen ihre anfänglichen Versprechen und nutzen stattdessen die instabile Situation im Land für ihre eigenen Zwecke aus. Die Forderungen der Frauen und der kirgisischen Jugend – die ohnehin gespalten ist – blieben dabei auf der Strecke.

Jedoch wurde die Revolution nicht komplett »gestohlen« – genauso wie auch frühere nicht. Erstens ist es schwer vorstellbar, wie die jungen Aktivist:innen hätten gewinnen können, selbst wenn alle Bedingungen zu ihren Gunsten gewesen wären: Wie auch von jungen Menschen angeführte Revolutionen andernorts hatten die Bewegungen von 2020 weder eine Alternative zum existierenden parlamentarischen System und seinen Prozeduren anzubieten, noch hatten sie überhaupt das Ziel, die Macht zu übernehmen. Zweitens konnte die Revolution auch einige Gewinne erzielen. Manche Gruppen vermochten es, in der weiter existierenden Grauzone zwischen revolutionären Bewegungen und alten Eliten den mobilisierenden Geist von ersteren in kleine Siege gegenüber letzteren zu übersetzen.

Informelle Arten der Regierungsführung

Angesichts der überproportionalen Macht des politischen Establishments ist es überall auf der Welt für junge Menschen schwierig, eine nachhaltig wirksame politische Opposition zu bilden. Im Folgenden wird jedoch ein Blick auf die andere Seite der Medaille geworfen. Dabei steht weniger die Frage im Mittelpunkt, warum von jungen Menschen ausgehende Revolutionen trotz ihres zunehmenden Organisationsgrades immer wieder scheitern, sondern vielmehr, wie die ältere Generation es immer wieder vermag, sich an der Macht zu halten, während sie gleichzeitig Menschen mit neuen Ideen absorbiert.

Wer in Kirgistan politisch Erfolg haben möchte, muss mit einer Vielzahl unterschiedlicher Formen von sozialen Beziehungen umgehen und sie für sich zu nutzen wissen. Erfolgreiche Politiker:innen (und Parteien) stützen sich auf umfangreiche informelle Netzwerke. Durch die Arbeit mit und innerhalb dieser Netzwerke werden die revolutionären Bemühungen »der Jugend« immer wieder unterlaufen. Auch der neue Präsident

Dschaparow ist sehr geschickt darin, sich unterschiedliche Arten von informellen Netzwerken zunutze zu machen, ob Verwandtschaftsbeziehungen und Heiratsallianzen, Freundschaften, Patronage und Klientelismus, Geschäftskontakte oder Verbindungen zu korrupten und kriminellen Beamten. Vor dem Hintergrund dieser informellen Netzwerke lässt sich das Scheitern der Revolution, aber auch der Erfolg der älteren Generation besser analysieren und erklären. Dschaparows Beteuerungen, etwas verändern zu wollen, mögen anfangs ehrlich gewesen sein, seine tatsächliche Regierungspraxis spricht mittlerweile jedoch eine andere Sprache.

Die Effektivität informeller Netzwerke besteht in ihrer Flexibilität und der mit ihnen einhergehenden Möglichkeiten, mit verschiedenen Akteuren ins Gespräch zu kommen. Mit ihrer Hilfe können politische Akteure Macht gewinnen und monopolisieren sowie politischen Rückhalt sichern. Sie versprechen sich von diesen Netzwerken vor allem Zugang zu politischen Ressourcen und persönlichen Einflussgewinn. Weitere wichtige Aspekte informeller Netzwerke sind u. a. Kooptation (die ergänzende Aufnahme von Mitgliedern durch die übrigen Mitglieder einer Gemeinschaft) und die Etablierung einer politischen Unterstützer:innenbasis.

Der Erfolg der alten Eliten basiert darauf, dass sie gezielt eigene Interessen verfolgen, indem sie sich lukrative Geschäfte sichern, ihren Kindern Regierungsposten verschaffen und bestimmte Privilegien auf den Kreis ihrer engsten Vertrauten beschränkt halten. Dadurch stabilisieren sie das bestehende Machtsystem und reproduzieren altbewährte politische Strategien; indem sie ihre Entscheidungen ausbalancieren, wahren sie erfolgreich ihre eigenen Interessen. Hier trifft die Beobachtung des Soziologen James Coleman zu, dass die Verwirklichung eigener Interessen am besten durch die Fähigkeit zum gegenseitigen Austausch von Macht über bestimmte Handlungen, die diesen Interessen entsprechen, erzielt wird.

Der Anthropologe Marshall Sahlins hat das Verhältnis zwischen der Dimension sozialer Distanz (die sich auf unterschiedliche Beziehungsformen wie Verwandtschaft, Interessensgruppen, Geschäftskontakte, kriminelle Netzwerke und Korruption unter Beamten:innen bezieht) und verschiedenen Formen der Wechselseitigkeit (generalisiert, ausgeglichen, negativ) konzeptualisiert. Sahlins' Konzeptualisierung hilft zu verstehen, wie Praktiken der informellen Vernetzung in Kirgistan ins soziale Leben und moralische Wertesysteme eingebettet sind.

Generalisierte Wechselseitigkeit: Verwandtschaft und Heiratsallianzen

Formen generalisierter Wechselseitigkeit finden sich in Beziehungen der familiären Verwandtschaft, Verwandt-

schaft durch Eheschließung (*kuda söök*), Freundschaft und der rituellen Verwandtschaft (*ökül bala*; zum Beispiel Patenschaften). Im Gegensatz zu anderen Formen der Wechselseitigkeit sind die Kosten für die Beteiligten in solchen Austauschbeziehungen gering, da sie nicht mit der Erwartung unmittelbarer Gegenleistungen verbunden sind und auf Faktoren wie gegenseitiger Unterstützung, Vertrauen und Solidarität beruhen. Generalisierte Wechselseitigkeit ist ein wichtiger Bestandteil informeller Politik, da es schwieriger ist, sich aus Verwandtschaftsbeziehungen zu lösen, die durch generalisierte Wechselseitigkeit geprägt sind, als mit ehemaligen Parteikolleg:innen zu brechen. Dschaparow hat Schlüsselpositionen in seiner Regierung, wie das Amt des Premierministers und des Sicherheitschefs, mit angeheirateten Verwandten und engen Freunden besetzt (z. B. mit Kamschybek Taschijew, der aktuell Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Nationale Sicherheit ist). Diese haben wiederum ihre eigenen nahen und entfernten Verwandten in entsprechende Posten gebracht, um das Netzwerk weiter zu konsolidieren.

Ausgeglichene Wechselseitigkeit: Geschäftsbeziehungen und politische Parteien

Abseits von Verwandtschaftsbeziehungen und Heiratsallianzen macht Dschaparow sich Beziehungen zunutze, die auf einer ausgeglichenen Form der Wechselseitigkeit beruhen. Dabei handelt es um einen interessensbasierten Austausch zwischen verschiedenen Gruppen (politische Parteien, wirtschaftliche Verbände und korrupte Beamte). Ausgeglichene Wechselseitigkeit kennzeichnet Transaktionen zwischen Parteien mit bestimmten gemeinsamen Interessen, die kurz- oder langfristig vom gegenseitigen Austausch profitieren. Ein Gefallen, eine Dienstleistung oder die Erfüllung anderer Bedürfnisse können auch erst zu einem späteren Zeitpunkt erwidert werden, entscheidend für den Austausch sind Vertrauen, gemeinsame Interessen und Verbindungen.

Mit der Unterstützung des Parlaments konnte Dschaparow sich in kürzester Zeit die Macht sichern. Ihm war bewusst, dass es sich bei der Mehrheit des Parlaments um Unternehmer:innen handelt, die ihr Geschäft schützen wollen. Ihre politische Prinzipien sind nur schwach ausgeprägt, weshalb sie dazu bereit sind, Präsident:innen zu unterstützen, solange sie sich davon den Schutz ihrer eigenen Geschäftsinteressen versprechen, auch wenn es sich um einen Präsidenten handelt, der zu seinen Gunsten die Verfassung ändern möchte.

Negative Wechselseitigkeit: kriminelle Netzwerke und korrupte Beamte

Austauschbeziehungen zeichnen sich durch negative Wechselseitigkeit aus, wenn sich eine Seite Vorteile auf Kosten der anderen sichert. Zu Dschapa-

rows informellem Netzwerk gehören auch kriminelle Strukturen und für ihre Korruption bekannte Personen, die ihm dabei helfen sollen, seine Macht zu erweitern. Ein Beispiel ist die Matraimow-Familie, eine oligarchische, korrupte und supranational agierende kriminelle Organisation um den Geschäftsmann Rajymbek Matraimow. In Kirgistan gilt Matraimow vielen Menschen als Symbol der Korruption. Sie fordern u. a. eine Reduzierung des Einflusses von Matraimow auf die Politik und eine Rückzahlung der von ihm veruntreuten Gelder. Seine Verbindungen zu Matraimow haben deshalb Zweifel an Dschaparows Legitimität aufkommen lassen.

Während der Revolution und des anschließenden Wahlkampfes versprach Dschaparow, dass er Matraimow vor Gericht bringt, wenn er zum Präsidenten gewählt würde. Tatsächlich wurde Matraimow festgenommen und war einen Monat lang in Haft, kam dann jedoch wegen »Gesundheitsproblemen« wieder frei. Der wahre Grund für seine Freilassung lag wahrscheinlich in einer vorherigen Abmachung, in deren Rahmen er Dschaparow für die anstehende Wahl finanzielle und politische Unterstützung zugesichert hat. Zur Zufriedenstellung beider Seiten musste Dschaparow eine negative Wechselseitigkeit mit Matraimow herstellen, in der auch beide Seiten Kosten akzeptieren mussten: Matraimow verlor finanzielle Ressourcen, während Dschaparow gegenüber einer kleinen Gruppe Oppositioneller, nicht aber gegenüber der Mehrheit der Menschen im Land, an Autorität einbüßte.

Fazit

Kirgistans politisches System gleicht einem Karussell. Jede Umdrehung, jede politische Krise bringt nur eine »neue« Version desselben alten Systems hervor. Der Beitrag hat versucht eine Einschätzung darüber zu geben, welche Aussichten die Oppositionsbewegungen nach 2020 noch haben, diesen Kreislauf zu durchbrechen. Die aufgezeigten internen Dynamiken informeller Netzwerke werden durch spezifische Formen von Wechselseitigkeit definiert, die wiederum durch die Wirksamkeit struktureller sozialer Mechanismen geprägt sind. Dies wirft die Frage auf, was Vertreter:innen nicht-korrupter Netzwerke von korrupten Netzwerken lernen können. Einerseits sehen wir die Entstehung von Jugendbewegungen, die sich den alten Eliten widersetzen. Andererseits sehen wir aber auch, dass es sich bei jungen Nachwuchspolitiker:innen und politischen Neubesetzungen in der Regel um leibliche oder »rituelle« Kinder der alten Eliten handelt. Es scheint so, als ob etablierte soziale Beziehungen unverändert als eigentlichem Medium politischen Handelns fortbestehen; ohne relevante soziale Beziehungen bleiben politische Prinzipien wenig wert.

Es ist wichtig hervorzuheben, welche Macht junge aktivistische Gruppen in den sozialen Medien besitzen, durch die sie ihren Stimmen heutzutage mehr Gehör verschaffen können als je zuvor. Anstelle der alten Stimmen möchte die junge Opposition einer neuen Generation einen Platz in der Politik verschaffen und ihr Möglichkeiten eröffnen, das Land im Rahmen formaler Gesetze

politisch voranzubringen. Trotz ihrer gut organisierten Präsenz im öffentlichen Raum haben die progressiven Bewegungen jedoch bisher keine Veränderungen des politischen Regimes erreicht – weil sie noch keinen Weg gefunden haben, eine von den alten Eliten unabhängige Machtbasis aufzubauen.

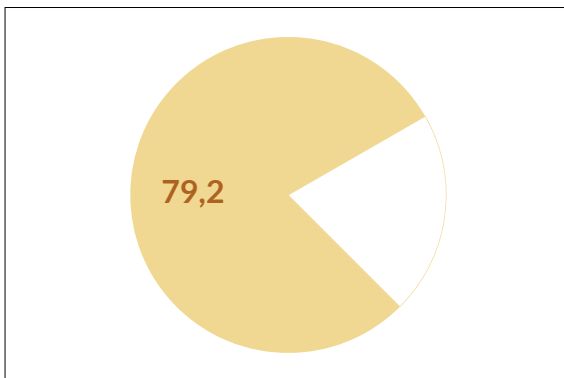
Über die Autorin

Aksana Ismailbekova ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Zentrum Moderner Orient (ZMO) in Berlin. Aktuell arbeitet sie an ihrem zweiten Buchprojekt »Future Building in Central Asia: Intergenerational Cooperation, Infrastructure, and Translocal Mobilities.« Ihre Doktorarbeit hat Ismailbekova am Max-Planck-Institut für Sozialanthropologie in Halle abgeschlossen. Basierend auf ihrer Dissertation hat sie die Monographie »Blood Ties and the Native Son: Poetics of Patronage in Kyrgyzstan« geschrieben, die 2017 bei Indiana University Press erschienen ist. Der Schwerpunkt ihrer Forschung liegt auf Verwandtschaft, Ethnizität und Patronage sowie Konflikt und Geschlecht in Kirgistan.

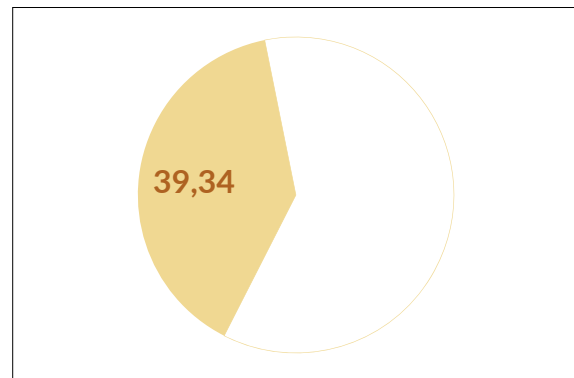
Lesetipps

- Coleman, James. *Individual interest and collective action*. Selected essays. Cambridge: Cambridge University Press, 1986.
- Sahlins, Marshall D. *Stone Age Economics*. London: Routledge, 2009 (1972).

Grafik 1a: Stimmenanteil von Sadyr Dschaparow laut dem amtlichen Endergebnis der vorgezogenen Präsidentschaftswahl in Kirgistan vom 10. Januar 2021 (in % der abgegebenen Stimmen)



Grafik 1b: Wahlbeteiligung bei der vorgezogenen Präsidentschaftswahl in Kirgistan vom 10. Januar 2021 (in % der Wahlberechtigten)



Quelle: Wahlinformationssystem der Zentralen Wahlkommission der Kirgisischen Republik (https://newess.shailoo.gov.kg/en/election/11099/ballot-count?type=NW_ROOT), aufgerufen am 27.01.2021; siehe auch Zentralasien-Analysen 145 (<https://www.laender-analysen.de/zentralasien-analysen/145/ergebnisse-der-vorgezogenen-praesidentschaftswahl-und-des-referendums-zur-bestimmung-der-regierungsform-in-kirgistan-am-10/> bzw. <https://www.laender-analysen.de/zentralasien-analysen/145/ZentralasienAnalysen145.pdf>, S. 10)

Ein Meilenstein auf dem Weg nach...?

Anmerkungen zum Verfassungsreferendum in Kasachstan

Beate Eschment (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin)

Einleitung

Anfang Juni hat die Bevölkerung Kasachstans per Referendum eine Vielzahl von Änderungen in der Verfassung ihres Landes gebilligt. Präsident Kassym-Dschomart Tokajew, der die Überarbeitung der Verfassung wie die Volksabstimmung initiiert hatte, bezeichnete das Ergebnis als wichtigen Meilenstein in der Geschichte des Landes sowie als Zeichen der Einigkeit und der Bereitschaft der Nation zu wirklichen Veränderungen. Im Folgenden soll daher den Fragen nachgegangen werden, wie Referendum und Verfassungsänderungen in der bisherigen Geschichte Kasachstans einzuordnen sind und welche Bedeutung sie für den Präsidenten und die Bevölkerung haben.

Rückkehr oder Fortschritt?

Anders als im benachbarten Kirgistan sind Referenden in Kasachstan tatsächlich etwas Besonderes. Die Volksabstimmung vom 5. Juni 2022 war erst die dritte in seiner Geschichte. Die letzten beiden fanden vor 27 Jahren statt. Im April 1995 ließ sich Präsident Nursultan Nasarbajew auf diesem Weg unter Umgehung von Neuwahlen seine Amtszeit verlängern. Und im August 1995 wurde die erste nachsowjetische Verfassung, die damals gerade einmal zwei Jahre alt war und ein parlamentarisches System vorsah, durch eine Präsidialverfassung ersetzt. Sie wurde dies noch mehr durch ohne Befragung der Bevölkerung vorgenommene Änderungen 1998, 2007, 2011 und 2017, die vor allem Wahl und Kompetenzen des Präsidenten betrafen und Sonderregeln für Nasarbajew als Ersten Präsidenten einfügten.

Durch das jetzige Referendum wurden Veränderungen in praktisch allen Abschnitten der Verfassung vorgenommen. Sie betreffen z. B. Erleichterungen bei der Registrierung von Parteien, die Einführung des Amtes eines/r Menschenrechtsbeauftragten oder Maßnahmen zur Dezentralisierung. In Bezug auf das höchste Staatsamt wurden die Sonderregeln für den Ersten Präsidenten gestrichen und um wie eine Lehre aus der Geschichte wirkende neue Bestimmungen ergänzt, nach denen eine Parteimitgliedschaft des Präsidenten ausgeschlossen ist und seine Familienangehörigen keine Schlüsselpositionen im öffentlichen Sektor einnehmen dürfen. Darüber hinaus verliert der Präsident aber nur wenige Kompetenzen. Vor allem behält er die Besetzungsrechte für nahezu alle wichtigen Ämter, darunter auch für die Gouverneure und die Bürgermeister der drei wichtigsten Städte (Nur-Sultan, Almaty und Schymkent), deren

Wahl durch die Bevölkerung von Aktivisten schon lange gefordert wird. Im offiziellen Kasachstan werden die Verfassungsreformen zurecht als Rückkehr vom superpräsidialen zum Präsidialsystem bezeichnet. Es handelt sich weniger um einen grundsätzlichen Neubeginn, als um eine Beseitigung der Auswüchse der Ära Nasarbajew.

Was will Tokajew?

Die Verfassungsänderungen stehen im Kontext der gesamten Reformbemühungen Tokajews der letzten Jahre, die durch das Referendum legitimiert werden sollten. Neben der Stabilisierung des Landes ging es dem Präsidenten dabei auch um die Absicherung seiner eigenen Herrschaft. Auffällig ist zum einen seine große Vorsicht, zum anderen seine Distanzierung von der Ära, aber weniger der Person Nasarbajew. Die Folgen der Unruhen im Januar 2022 ermöglichen es Tokajew nun, ohne den Ersten Präsidenten und seine einflussreiche Familie zu agieren. Außerdem kann er, der aufgrund seiner beruflichen Laufbahn von vielen als Vertreter der alten Zeit wahrgenommen wird, ihnen bisherige Missstände in die Schuhe schieben und seine Herrschaft unter dem Motto der Errichtung eines »Neuen Kasachstan« davon abgrenzen. Gleichzeitig ruft Tokajew aber dazu auf, Nasarbajews Rolle in der Geschichte Kasachstans mit Respekt zu begegnen.

Tokajews politische Grundüberzeugungen unterscheiden sich in einem entscheidenden Punkt von denen seines Vorgängers. Für Nasarbajew stand immer die Wirtschaft an erster Stelle, politische Reformen wurden auf die Zukunft verschoben. Tokajew hat dagegen schon 2019 erklärt, dass wirtschaftliche Entwicklung nur bei politischer Modernisierung möglich sei und entsprechend erste Reformschritte in Gang gesetzt. Da er seine Aufgabe aber grundsätzlich nicht in der Änderung, sondern der Bewahrung des politischen Systems sieht, verläuft die Liberalisierung sehr vorsichtig und von oben kontrolliert. Die Bevölkerung, die mangels Alternativen im Januar 2022 ihre Unzufriedenheit durch Demonstrationen zum Ausdruck gebracht hatte, kann, abgesehen von dem Referendum, ihre Meinung zu den Reformen auch weiterhin nicht direkt äußern. Stattdessen wurde durch die Verfassungsreform mit dem Kurultai eine neue Institution geschaffen, in der 117 Bürger des Landes, die zwar die Bevölkerung geographisch, ethnisch, altersmäßig und beruflich repräsentieren, aber von der Präsidialverwaltung handverlesen sind, dem Präsidenten beratend zur Seite stehen und Vorschläge zur gesell-

schaftlichen Konsolidierung machen. Grundlegende Kritiker Tokajews sind dort nicht vertreten und haben nach wie vor keine Möglichkeit, ohne die Gefahr einer Strafverfolgung ihre Position bekannt zu machen. Es bleibt abzuwarten, ob die neuen formalen Erleichterungen bei der Parteienregistrierung unter diesen Vorzeichen wirklich zu mehr Pluralismus führen.

Ausdruck von Einigkeit und des Wunsches nach Veränderung?

Wenn das Referendum Tokajews Reformen legitimieren sollte, ist die Frage wichtig, inwieweit die Ergebnisse – nach offiziellen Angaben 77,2 % Ja-Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 68,1 % – überhaupt die Haltung der Bevölkerung wiedergeben. Auch dieses Mal wurde von Unregelmäßigkeiten im Abstimmungsgeschehen berichtet, vor allem aber stellt sich die Frage, ob die Menschen überhaupt wussten, wofür sie ihre Stimme abgaben. Selbst ein hochrangiger Berater des Präsidenten erklärte im Vorfeld der Volksabstimmung, dass es für Nicht-Spezialisten sehr schwer sei, sich einen Überblick über die vielen Änderungen zu verschaffen. Es wurde auch wenig getan, um dem Wahlvolk dabei zu helfen. Zudem war die Zeit zwischen Veröffentlichung der Vorschläge und der Abstimmung mit einem Monat sehr knapp. Damit reduzierte sich die Entscheidung bei vielen Wählern auf: Zustimmung bedeutet »Nasarbajew ist weg«, was ganz im Sinne Tokajews war.

Es gab aber auch andere, die sich aus Unzufriedenheit mit Tokajews Reformen der Abstimmung ganz verweigerten, wie die erheblichen regionalen Unterschiede bei den Ergebnissen zeigen. Grundsätzlich lässt sich eine positive Korrelation zwischen Höhe der Wahlbe-

teiligung und Zustimmungsraten beobachten: Je geringer die Zahl der abgegebenen Wahlzettel, desto niedriger auch die der Ja-Stimmen. Das betrifft vor allem die Stadt Almaty mit 65 % Ja-Stimmen bei einer Beteiligung von nur 33 %, beides die mit Abstand die schlechtesten Zahlen. Auch im Westen des Landes zeigt sich eine deutlich andere Stimmung als im übrigen Land. Man kann davon ausgehen, dass die ablehnendere Haltung gegenüber den Verfassungsänderungen hier nicht den Wunsch nach Erhalt des Status quo impliziert, sondern nach tiefgreifenden Veränderungen – vom Westen des Landes gingen die Januar-Unruhen aus, in Almaty eskalierten sie... Ganz so einig, wie von Tokajew postuliert, ist die Bevölkerung also nicht und der Wille der Nation zu Veränderungen scheint in einigen Teilen des Landes größer als der des Präsidenten.

Fazit

Tokajew strebt sicherlich nicht an, der nächste Nasarbajew zu werden. Doch stellt sich die Frage, ob sein vorsichtiges Vorgehen wirklich die Stabilität des Staates wie seiner Herrschaft wahrt und stärkt, oder ob es nicht, im Gegenteil, die Geduld der Bevölkerung, vor allem in Almaty und im Westen, auf eine zu harte Probe stellt. Entscheidend wird sein, dass sich die wirtschaftliche Lage in naher Zukunft zumindest nicht verschlechtert und dass die Verfassungsänderungen nicht nur auf dem Papier stehenbleiben, sondern realisiert werden. Der Präsident hat nach dem Referendum erklärt, die jetzigen Verfassungsänderungen seien nicht der Endpunkt, sondern der Beginn der Modernisierung des Landes. Hoffen wir das Beste!

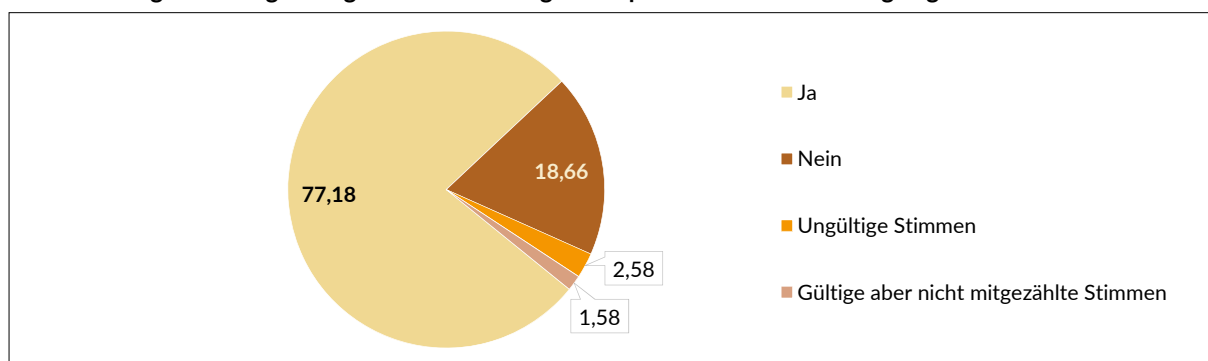
Über die Autorin

Beate Eschment ist Zentralasienexpertin und seit 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZOiS. Sie hat 1992 an der Universität Hannover über ein Thema der russischen Geschichte promoviert. Seitdem beschäftigt sie sich vor allem mit der Gegenwart der zentralasiatischen Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Wichtigste Stationen dabei waren die Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen, das Zentralasien-Seminar der Humboldt-Universität zu Berlin, das Institut für Orientalistik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Von 2008 bis 2019 war sie Redakteurin der Zentralasien-Analysen.

DOKUMENTATION

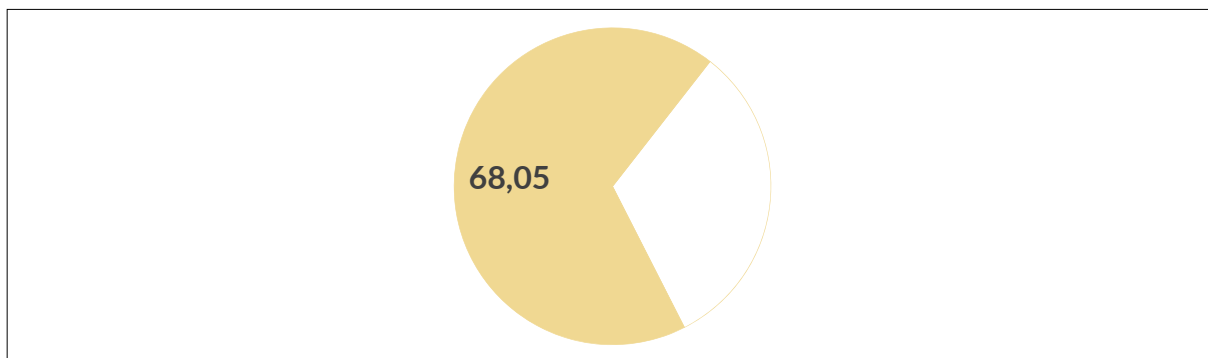
Offizielles Endergebnis des Republikanischen Referendums in Kasachstan am 05. Juni 2022

Grafik 1: Amtliches Endergebnis des Republikanischen Referendums in Kasachstan vom 05. Juni 2022 (in % der abgegebenen Stimmen) zur Frage: »Akzeptieren Sie die Änderungen und Ergänzungen der Verfassung der Republik Kasachstan, die im Gesetzentwurf der Republik Kasachstan »Über Änderungen und Ergänzungen der Verfassung der Republik Kasachstan« festgelegt wurden?«



Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Kasachstan, 07.06.2022/08.06.2922 (<https://www.election.gov.kz/eng/news/acts/index.php?ID=7143>, <https://www.election.gov.kz/eng/news/releases/index.php?ID=7157>), zuletzt aufgerufen am 25.07.2022

Grafik 2: Beteiligung am Republikanischen Referendum in Kasachstan vom 05. Juni 2022 (in % der Abstimmungsberechtigten)



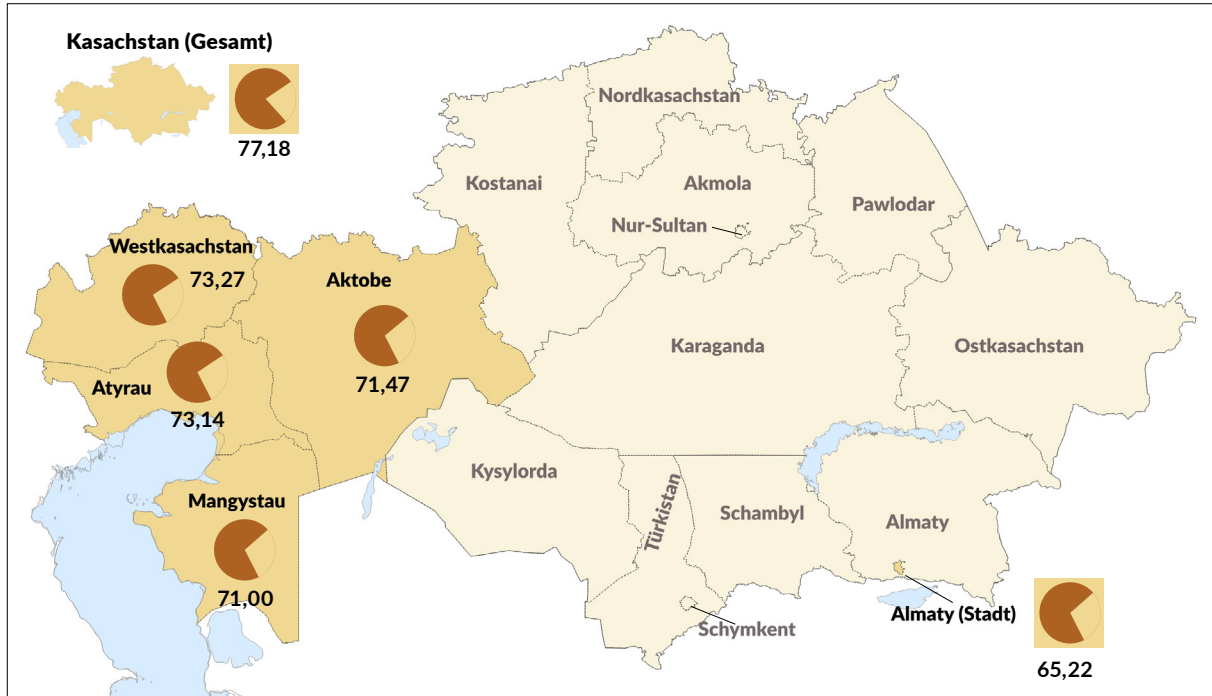
Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Kasachstan, 07.06.2022/08.06.2922 (<https://www.election.gov.kz/eng/news/acts/index.php?ID=7143>, <https://www.election.gov.kz/eng/news/releases/index.php?ID=7157>), zuletzt aufgerufen am 25.07.2022

Tabelle 1: Akzeptieren Sie die Änderungen und Ergänzungen der Verfassung der Republik Kasachstan, die im Gesetzentwurf der Republik Kasachstan »Über Änderungen und Ergänzungen der Verfassung der Republik Kasachstan« festgelegt wurden?

Auswahl	Stimmen	%
Ja	6.163.516	77,18
Nein	1.490.470	18,66
Gültige Stimmen	7.653.986	95,84
Ungültige Stimmen	205.924	2,58
Gültige aber nicht mitgezählte Stimmen	125.859	1,58
Abgegebene Stimmen Insgesamt	7.985.769	100
Abstimmungsberechtigte / Abstimmungsbeteiligung	11.734.642	68,05

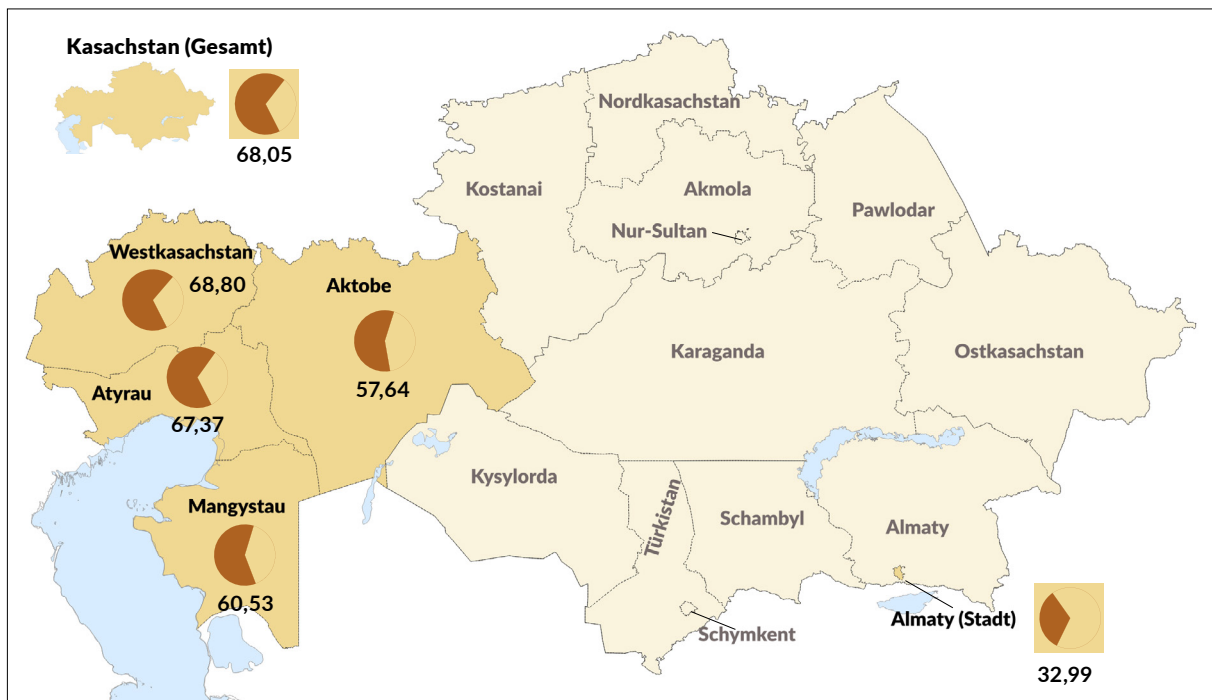
Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Kasachstan, 07.06.2022/08.06.2922 (<https://www.election.gov.kz/eng/news/acts/index.php?ID=7143>, <https://www.election.gov.kz/eng/news/releases/index.php?ID=7157>), zuletzt aufgerufen am 25.07.2022

Karte 1: Offizieller Anteil der »Ja«-Stimmen beim Republikanischen Referendum in Kasachstan vom 05. Juni 2022 in den westlichen Gebieten und Almaty (Stadt) (in % der abgegebenen Stimmen)



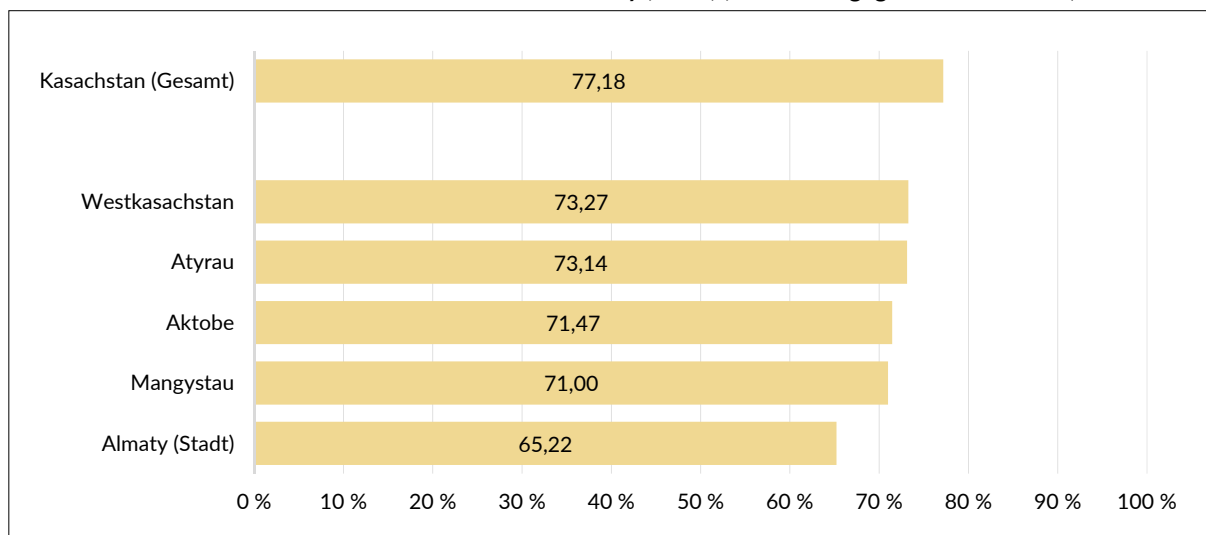
Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Kasachstan, 07.06.2022/08.06.2922 (<https://www.election.gov.kz/eng/news/releases/index.php?ID=7157>), zuletzt aufgerufen am 25.07.2022; Karte erstellt in QGIS von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen mit Daten von OpenStreetMap (<https://www.openstreetmap.org>)

Karte 2: Abstimmungsbeteiligung beim Republikanischen Referendum in Kasachstan vom 05. Juni 2022 in den westlichen Gebieten und Almaty (Stadt) (in % der Abstimmungsberechtigten)



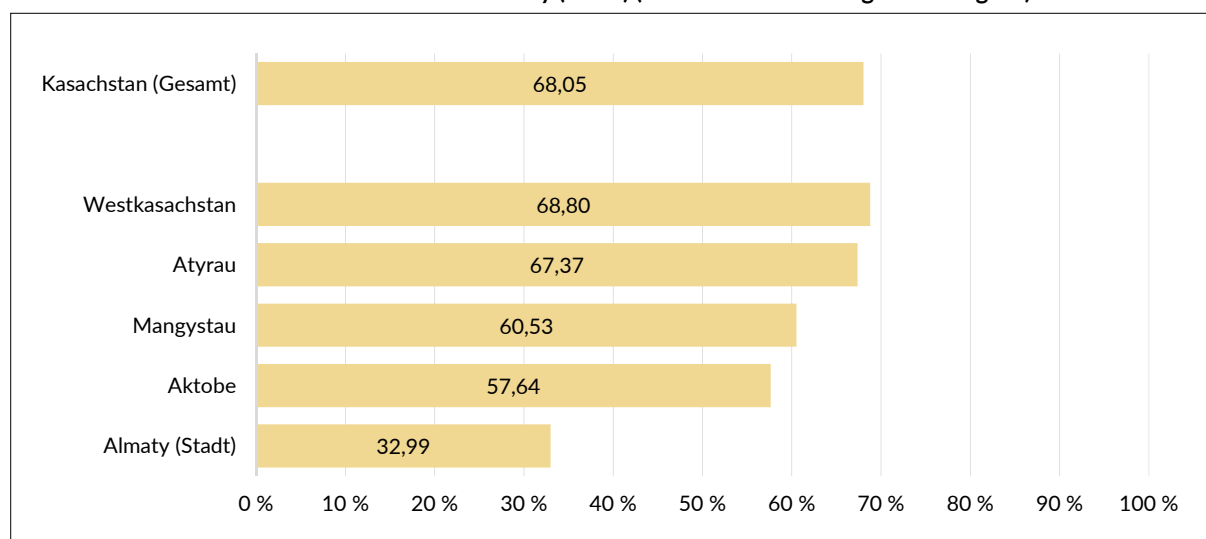
Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Kasachstan, 07.06.2022/08.06.2922 (<https://www.election.gov.kz/eng/news/releases/index.php?ID=7157>), zuletzt aufgerufen am 25.07.2022; Karte erstellt in QGIS von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen mit Daten von OpenStreetMap (<https://www.openstreetmap.org>)

Grafik 3: Offizieller Anteil der »Ja«-Stimmen beim Republikanischen Referendum in Kasachstan vom 05. Juni 2022 in den westlichen Gebieten und Almaty (Stadt) (in % der abgegebenen Stimmen)



Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Kasachstan, 07.06.2022/08.06.2922 (<https://www.election.gov.kz/eng/news/releases/index.php?ID=7157>), zuletzt aufgerufen am 25.07.2022

Grafik 4: Abstimmungsbeteiligung beim Republikanischen Referendum in Kasachstan vom 05. Juni 2022 in den westlichen Gebieten und Almaty (Stadt) (in % der Abstimmungsberechtigten)



Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Kasachstan, 07.06.2022/08.06.2922 (<https://www.election.gov.kz/eng/news/releases/index.php?ID=7157>), zuletzt aufgerufen am 25.07.2022

KARTEN

Territorialreform in Kasachstan

Laut Präsidialdekret No. 887 vom 03. Mai 2022, mit Gültigkeit seit 08. Juni 2022

Quelle: <https://adilet.zan.kz/rus/docs/U2200000887> (zuletzt aufgerufen am 30.7.2022)

Karte 1: Kasachstan: Gebiete und Städte mit republikanischer Bedeutung 19. Juni 2018 – 08. Juni 2022



Karte erstellt in QGIS von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen mit Daten von OpenStreetMap (<https://www.openstreetmap.org>)

Karte 2: Kasachstan: Gebiete und Städte mit republikanischer Bedeutung seit dem 08. Juni 2022



Karte erstellt in QGIS von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen mit Daten von OpenStreetMap (<https://www.openstreetmap.org>)

23. Mai – 24. Juli 2022

Kasachstan

In dieser Ausgabe entfällt die Chronik für Tadschikistan und Usbekistan krankheitsbedingt.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Zentralasien-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Rostam Onori und Richard Schmidt

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

26.5.2022	Präsident Kassym-Dschomart Tokajew führt in Bischkek Gespräche mit seinem kirgisischen Amtskollegen Sadyr Dschaparow. Beide Seiten einigen sich auf eine Verdopplung des jährlichen Handelsvolumens auf zwei Mrd. US-Dollar, sowie auf eine stärkere Zusammenarbeit bei der grenzüberschreitenden Wassernutzung.
26.5.2022	Präsident Tokajew nimmt in Bischkek am ersten Eurasischen Wirtschaftsforum teil, wobei er die bedingungslose Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen anderen EAEU-Mitgliedern bekundet, eine weitere Delegation von Kompetenzen an die Eurasische Wirtschaftskommission jedoch ablehnt.
27.5.2022	In seiner Ansprache während einer Online-Sitzung des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrates fordert Präsident Tokajew eine schnellere Umsetzung gemeinsamer Projekte, u. a. was die Verbesserung von transkontinentalen Hochgeschwindigkeitskorridoren und bessere Konditionen für den Umzug von ausländischen Firmen in EAEU-Staaten angeht.
31.5.2022	In Almaty findet das zweite Treffen der Sonderbeauftragten der EU und der zentralasiatischen Staaten für Afghanistan statt. Die Teilnehmer:innen bringen ihre Sorge über die sich verschlechternde humanitäre Situation in Afghanistan zum Ausdruck und betonen die Notwendigkeit, eingefrorene afghanische Vermögenswerte freizugeben.
2.6.2022	Präsident Tokajew empfängt den polnischen Außenminister und aktuellen OSZE-Vorsitzenden Zbigniew Rau in Nur-Sultan zu Gesprächen. Themenpunkte sind u. a. die geplante OSZE-Mission zum Verfassungsreferendum am 5.6.2022 sowie Möglichkeiten zur Steigerung des bilateralen Handels zwischen Kasachstan und Polen.
5.6.2022	Landesweit sind 11.734.642 Abstimmungsberechtigte dazu aufgerufen, in insgesamt 9.964 Wahllokalen im In- und Ausland über die Annahme einer Verfassungsänderung mit 56 vorgesehenen Anpassungen abzustimmen. Diese sehen u. a. die Verkleinerung und Stärkung des Parlaments, die Schaffung von drei neuen Gebieten und das Verbot einer Parteimitgliedschaft für den Präsidenten vor. Bis zum Ende des Referendums um 22 Uhr haben 68,05 % der Berechtigten abgestimmt.
7.6.2022	Laut Zentraler Wahlkommission (CEC) haben 77,18 % für die Verfassungsänderung abgestimmt und 18,66 % dagegen. 4,16 % der Stimmen wurden für ungültig erklärt bzw. nicht berücksichtigt. Die vorgesehenen Anpassungen und Ergänzungen der Verfassung sind damit angenommen.
6.6.2022	Präsident Tokajew empfängt den saudischen Außenminister Faisal bin Farhan Al Saud in Nur-Sultan zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Investitionen, Bergbau und Finanzen. Laut Tokajew ist Saudi-Arabien einer der wichtigsten Partner Kasachstans in der arabischen und islamischen Welt.
6.6.2022	Laut dem Erdölunternehmen Aktobemunaigaz wird kasachstanisches Erdöl ab sofort unter anderem Namen verkauft, »um negative Auswirkungen auf die kasachstanischen Ölexporte über russische Häfen zu vermeiden.«
7.6.2022	Präsident Tokajew empfängt den chinesischen Außenminister Wang Yi in Nur-Sultan zu Gesprächen, wobei beide ihre »tiefe Besorgnis über die Spillover-Effekte der Ukraine-Krise« zum Ausdruck bringen. Laut Wang hoffe die chinesische Seite darauf, »dass die zentralasiatischen Länder standhaft blieben, Interferenzen eliminieren und regionalen Frieden und regionale Sicherheit bewahren.«
8.6.2022	In Nur-Sultan findet das dritte Außenministertreffen im Format »Zentralasien – China« statt. In einer gemeinsamen Abschlusserklärung wird die Stärkung der Zusammenarbeit betont, »die ein wichtiger Faktor für die regionale sozioökonomische Entwicklung und die Bewahrung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region« sei.
8.6.2022	Das Präsidialdekret vom 3.5.2022 zur Schaffung der drei neuen Gebiete Abai, Schetisu und Ulytau tritt in Kraft (<i>für eine Karte der neuen territorial-administrativen Gliederung Kasachstans siehe Seite 12 in dieser Ausgabe</i>).
11.6.2022	Präsident Tokajew erlässt ein Dekret über die Reorganisation des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums in ein Ministerium für Bildung und ein Ministerium für Wissenschaft und Hochschulbildung.
12.6.2022	Der Erste Präsident Nasarbajew wird anlässlich des »Tag Russlands« in Moskau vom russischen Präsidenten Wladimir Putin empfangen. Beide bringen ihr Vertrauen in eine weiterhin freundliche Zusammenarbeit zwischen den Ländern zum Ausdruck.
15.6.2022	Das Landwirtschaftsministerium limitiert die Ausfuhr von Weizen auf 550.000 t sowie von Mehl auf 370.000 t bis zum 30.9.2022. Seit April galt ein Ausfuhrmaximum von einer Mio. t für Weizen und 300.000 t für Mehl.
15.6.2022	Im Interview mit dem russischen staatlichen TV-Sender Rossija 24 äußert Präsident Tokajew, dass Kasachstan weiterhin auf »intensive Weise« mit Russland zusammenarbeiten, jedoch keine gegen Russland verhängten Sanktionen umgehen oder verletzen werde.
15.6.2022	In Nur-Sultan findet das 18. Treffen im Astana-Format zur Beilegung des Syrien-Konfliktes statt, wobei die involvierten Parteien Russland, Iran und Türkei u. a. ihre Verpflichtung zur Umsetzung der Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrates bekräftigen, die alle Konfliktparteien (Terrorgruppen ausgeschlossen) zu einem dauerhaften Waffenstillstand und der Aufnahme von Verhandlungen aufruft.

17.6.2022	Präsident Tokajew nimmt am 25. Internationalen Wirtschaftsforum St. Petersburg teil. Auf einem Panel mit seinem russischen Amtskollegen Putin äußert Tokajew, dass die bilaterale Zusammenarbeit sehr große Erfolge aufzuweisen habe und sich besonders in den Bereichen Industrie, Landwirtschaft und Investitionen stetig entwickle. Kasachstan wird Tokajew zufolge Taiwan, Kosovo, Südossetien, Abchasien sowie die »quasi-staatlichen Territorien« Donezk und Luhansk weiterhin nicht anerkennen.
18.6.2022	In einem Artikel für Liter.kz fordert Außenminister Muchtar Tileuberdi alle Staaten auf, bis zum 100. Jahrestag der UN im Jahr 2045 alle Atomwaffen auf der Welt zu beseitigen.
19.6.2022	Präsident Tokajew wird in Teheran von seinem iranischen Amtskollegen Ebrahim Raisi zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Handel, Industrie, Landwirtschaft, Transport und Kultur empfangen. Tokajew bringt sein Interesse an einem Ausbau der Transitpotentiale über die kurz zuvor in Betrieb gegangene Eisenbahn Kasachstan–Turkmenistan–Iran und über die Seehäfen des Kaspischen Meeres zum Ausdruck. Insgesamt werden acht gemeinsame Absichtserklärungen unterzeichnet, die Schaffung einer gemeinsamen Handelskammer beschlossen und das Ziel erklärt, den bilateralen Handel auf jährlich drei Mrd. US-Dollar zu steigern. Iranische Staatsbürger:innen können sich ab sofort 14 Tage visafrei in Kasachstan aufhalten.
19.6.2022	Laut dem Betreiber musste der Hafen von Noworossijsk die Verladung kasachstanischen Öls teilweise aussetzen, nachdem »über 50 möglicherweise explosive Objekte aus dem zweiten Weltkrieg im Wasser gefunden wurden.«
20.6.2022	Nach dem 19. Treffen des Kooperationsrates EU-Kasachstan unter der jeweiligen Vertretung der Außenminister Kasachstans und Frankreichs erklärt die EU, dass die Zusammenarbeit mit Kasachstan »angesichts des neuen geopolitischen Kontextes« an Bedeutung gewonnen habe und dieser »die Notwendigkeit neuer alternativer Routen zwischen Asien und Europa verdeutlicht hat.« Die EU zeige sich besorgt über die Folgen der Januar-Ereignisse und betont die Bedeutung einer »umfassenden und unabhängigen Untersuchung« von Menschenrechtsverletzungen.
21.6.2022	Präsident Tokajew nimmt auf Einladung des katarischen Emirs Tamim bin Hamad Al Thani an der Eröffnung des zweiten Qatar Economic Forum in Doha teil. Während einer Podiumsdiskussion äußert Tokajew, dass »sich die UN noch nie zuvor in einer derart unangenehmen Situation befunden habe« und »selbst während des Kalten Krieges geschlossener war.« Zur Lösung des Konfliktes in der Ukraine sei »der Wille aller Parteien notwendig.«
28.6.2022	Laut Finprom.kz ist die Zahl der in Kasachstan tätigen ausländischen Firmen um 12,7 % auf 25.000 angestiegen, davon die meisten aus Russland.
29.6.2022	Im Vorfeld des sechsten Kaspischen Gipfels wird Präsident Tokajew in Aschgabat von seinem turkmenischen Amtskollegen Serdar Berdymuchammedow zu Gesprächen empfangen. Tokajew gratuliert Berdymuchammedow zu seinem Wahlsieg am 12.3.2022.
29.6.2022	In seiner Ansprache an das sechste Kaspische Gipfeltreffen betont Präsident Tokajew »angesichts eines beispiellosen 'globalen Sturms' die besondere Bedeutung des Kaspischen Meeres aufgrund seiner geostrategischen Lage«. Tokajew fordert ein baldiges Inkrafttreten der 2018 vereinbarten Konvention zum rechtlichen Status des Kaspischen Meeres, die noch vom iranischen Parlament ratifiziert werden muss.
30.6.2022	Das Parlament billigt eine Beschlussvorlage von Präsident Tokajew, 430 kasachstanische Soldat:innen für laufende UN-Friedens- oder Stabilisierungsmissionen im Libanon, der Zentralafrikanischen Republik, der Demokratischen Republik Kongo und Mali bereitzustellen.
3.7.2022	In einer Stellungnahme drückt das Außenministerium Sorge über »die Ereignisse im befreundeten Nachbarland« aus. Man unterstütze die Entscheidungen der usbekischen Führung »zur Stabilisierung der Lage in der Republik Karakalpakstan.« In der Republik Karakalpakstan sind nach Plänen zur Änderung der usbekischen Verfassung Unruhen ausgebrochen.
4.7.2022	Nach einem Telefongespräch mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, bringt Präsident Tokajew seine Bereitschaft zum Ausdruck, die kasachstanischen Hydrokarbonressourcen zur Stabilisierung der europäischen und globalen Energiemärkte zur Verfügung zu stellen und als »Puffermarkt« zu fungieren.
5.7.2022	Das Energieministerium verhängt ein sechsmonatiges Verbot für die Ausfuhr von Erdöl und Dieselmotortreibstoff über den Landweg.
6.7.2022	Ein russisches Gericht ordnet eine 30-tägige Aussetzung des Ölexportes über die Kaspische Pipeline zwischen dem kasachstanischen Ölfeld Tengiz und dem Hafen von Noworossijsk an. Demnach seien »dokumentarische Unregelmäßigkeiten bei den Plänen zur Eindämmung von Ölunfällen« festgestellt worden.
7.7.2022	Präsident Tokajew weist eine Diversifizierung der Erdölexportmöglichkeiten an, wobei demnach vor allem die Route über das Kaspische Meer ausgebaut werden soll.

10.7.2022	Der Marathonläufer Marat Dschylanbajew gibt per Facebook seine Festnahme bekannt. Dschylanbajew gilt als Kritiker der Regierung und des Ersten Präsidenten Nasarbajew und hat erst im Januar ein Verfahren gegen die Regierung gewonnen.
11.7.2022	Das Bezirksgericht Primorskowo in Noworossijsk ersetzt die Anordnung zum Stopp des Erdölexportes über die Kaspische Pipeline durch eine Geldstrafe für das Caspian Pipeline Consortium (CPC) in Höhe von 200.000 Rubel (ca. 3180 US-Dollar).
18.7.2022	Laut der Kommission zur Bekämpfung der illegalen Konzentration von Wirtschaftsressourcen wurden umgerechnet 473 Mio. US-Dollar wiedererlangt, die durch, mutmaßlich illegale, Geschäfte im Umfeld des Ersten Präsidenten Nasarbajew umgesetzt wurden.
21.7.2022	Präsident Tokajew nimmt in Tscholpon-Ata in Kirgistan am vierten Konsultativtreffen der Oberhäupter der zentralasiatischen Staaten teil. Tokajew ruft die zentralasiatischen Staaten zur Einigkeit auf und fordert ein gemeinsames Vorgehen »gegen Versuche die Region zu spalten.« Tokajew spricht sich für eine Einbeziehung von Vertreter:innen anderer Nachbarstaaten wie Russland und China in die Konsultativtreffen aus.
23.7.2022	Anlässlich von 30 Jahren bilateraler diplomatischer Beziehungen telefoniert Präsident Tokajew mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj. Laut Tokajew wurden wichtige Ergebnisse bei der Entwicklung der Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und humanitären Bereich erzielt. Selenskyj dankt Tokajew für die Entscheidung Kasachstans, die separatistischen »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk nicht anzuerkennen.
23.7.2022	Präsident Tokajew wird in Dschidda vom saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman zu Gesprächen über die Zusammenarbeit in diversen Bereichen, u. a. Handel und Investitionen, empfangen. Laut Tokajew wurden mit der Unterstützung Saudi-Arabiens bisher Projekte im Gesamtwert von umgerechnet 120 Mio. US-Dollar umgesetzt, was noch nicht dem Gesamtpotential beider Staaten entspräche. Bei Gesprächen mit dem Generalsekretär der Organisation für Islamische Zusammenarbeit, Hissein Brahim Taha, bringt Tokajew Interesse an einem Ausbau der Zusammenarbeit Kasachstans mit allen anderen muslimischen Staaten zum Ausdruck.

Kirgistan

26.5.2022	Präsident Sadyr Dschaparow führt in Bischkek Gespräche mit seinem kasachstanischen Amtskollegen Kassym-Dschomart Tokajew. Beide Seiten einigen sich u. a. auf eine Verdopplung des jährlichen Handelsvolumens auf zwei Mrd. US-Dollar und eine stärkere Zusammenarbeit bei der grenzüberschreitenden Wassernutzung. Während Tokajews Besuch wird in Bischkek ein Zweig der kasachstanischen Al-Farabi-Universität eröffnet.
26.5.2022	In Bischkek findet das erste Eurasische Wirtschaftsforum statt. In seiner Ansprache ruft Präsident Dschaparow die EAEU-Mitglieder zu engerer Zusammenarbeit und mehr Koordination auf.
27.5.2022	In seiner Ansprache während einer Online-Sitzung des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrates spricht sich Präsident Dschaparow für die Schaffung einer Freihandelszone zwischen der EAEU und Indonesien und einer zeitlichen Verlängerung jener mit dem Iran aus.
27.5.2022	Laut dem Telekommunikationsanbieter Aknet wurde die Ausstrahlung der russischen staatlichen TV-Sender »Rossija 1«, »Zvezda« und »Rossija K« aufgrund der Sanktionen blockiert.
1.6.2022	Das Landwirtschaftsministerium erlässt ein sechsmonatiges Verbot für die Ausfuhr von Zucker.
1.6.2022	Wirtschaftsminister Rawschan Sabirow empfängt seinen emiratischen Amtskollegen Abdulla bin Touq Al Marri in Bischkek zu Gesprächen, u. a. über die mögliche Einrichtung eines kirgisisch-emiratischen Staatsfonds und mehr emiratische Investitionen in die kirgisische Wirtschaft.
2.6.2022	Gesundheitsminister Alamkadyr Beischenalijew wird in Bischkek wegen des Verdachtes auf Korruption, Erpressung und Amtsmissbrauch festgenommen. Es wird angenommen, dass Beischenalijew während der Pandemie nicht benötigte Impfstoffe im Wert von über 1,5 Mrd. Som (ca. 17,5 Mio. Euro) von einer ausländischen Firma mit Offshore-Konten eingekauft hat.
3.6.2022	An der kirgisisch-tadschikischen Grenze in Bulak-Baschy (Gebiet Batken) kommt es zu einem Gefecht zwischen den Grenzsoldaten beider Länder, nachdem tadschikische Einheiten unbefugt kirgisches Territorium betreten haben sollen. Laut dem Staatlichen Komitee für Nationale Sicherheit (GKNB) soll die tadschikische Seite auch Mörser eingesetzt haben. Demnach wurden auf kirgisischer Seite zwei Soldaten verletzt.
3.6.2022	Laut der Weltbank lebt über ein Drittel der Bevölkerung Kirgistans unter der Armutsgrenze.
4.6.2022	Laut dem Präsidiapressedienst wurden Gesundheitsminister Beischenalijew und Generalstaatsanwalt Kurmankul Suluschew bis zum Abschluss der Ermittlungen gegen ersteren von ihren Ämtern suspendiert. Der Arzt und frühere Dozent an der Manas University, Dscharkynbek Kasymbekow, wird vorübergehend neuer Gesundheitsminister.
4.6.2022	Laut Kommersant haben sich Kirgistan und Tadschikistan nach dem Vorfall in Bulak-Baschy am Vortag auf einen Rückzug aller Einheiten und militärischen Gerätschaften vom betroffenen Grenzabschnitt geeinigt.
8.6.2022	Am Rande des dritten Außenministertreffens im Format »Zentralasien – China« in Nur-Sultan besprechen Außenminister Dscheenbek Kulubajew und sein chinesischer Amtskollege Wang Yi u. a. das geplante Projekt der Eisenbahnlinie China–Kirgistan–Usbekistan, wobei sich beide Seiten darauf einigen, die Vorbereitungen für den Bau voranzutreiben und entsprechende Machbarkeitsstudien so schnell wie möglich abzuschließen.
10.6.2022	Verteidigungsminister Baktybek Bekbolotow wird in der Türkei von seinem türkischen Amtskollegen Hulusi Akar zu Gesprächen empfangen. Während seines Besuches findet in der Ägäis das türkische Militärmanöver »EFES-2022« statt, an dem zum ersten Mal auch kirgisische Truppen teilnehmen.
10.6.2022	Der im April 2021 wegen Verdachtes auf Hochverrat festgenommene Politikwissenschaftler Marat Kasakbajew erliegt kurz nach seiner Verlegung aus der Haftanstalt in ein Krankenhaus einem Schlaganfall. Laut seiner Ehefrau war Kasakbajew in der Haft Folter ausgesetzt. Bis heute hat das GKNB keine Details über den Grund der Festnahme Kasakbajews angegeben.
13.6.2022	Der Ministerkabinettsvorsitzende Akylbek Dschaparow empfängt die indische Kulturministerin und Staatsministerin für auswärtige Angelegenheiten, Meenakshi Lekhi, in Bischkek zu Gesprächen, wobei beide Seiten ihr Interesse an einer Vertiefung der strategischen Partnerschaft zum Ausdruck bringen.
14.6.2022	Laut GKNB ist es an der kirgisisch-tadschikischen Grenze im Bezirk Bulak-Baschy erneut zu einem Schusswechsel zwischen Grenzsoldaten beider Länder gekommen. Demnach wurde auf kirgisischer Seite niemand verletzt. Bei anschließenden Gesprächen zwischen Vertretern beider Länder wird sich u. a. darauf geeinigt, dass sich die Kommandeure der Grenzposten des Abschnittes täglich treffen und zur Lage austauschen. Laut dem Gouverneur des Gebietes Batken bleibe die Situation an der Grenze jedoch angespannt.
17.6.2022	Der Ministerkabinettsvorsitzende A. Dschaparow nimmt am 25. Internationalen Wirtschaftsforum St. Petersburg teil, wo er sich u. a. für eine Ausweitung der Kompetenzen der Eurasischen Wirtschaftskommission ausspricht.

22.6.2022	Außenminister Kulubajew wird in Manama von seinem bahrainischen Amtskollegen Abdullatif bin Raschid al-Sajani zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Logistik und Tourismus empfangen.
23.6.2022	Das Parlament verabschiedet ein umstrittenes Gesetz, das für Ausländer:innen bestimmte Casinos in Kirgistan legalisiert.
28.6.2022	Der wegen Anstiftung zu Massenunruhen angeklagte Ex-Präsident Almasbek Atambajew und mehrere seiner Vertrauten werden von einem Gericht in Bischkek für nicht schuldig befunden. Atambajew wurde während der Proteste im Oktober 2020 von Demonstrant:innen befreit, jedoch kurz darauf wieder festgenommen. Die Staatsanwaltschaft hatte Atambajew daraufhin vorgeworfen die Proteste organisiert und einen gewaltsamen Machtwechsel geplant zu haben.
4.7.2022	Der im April 2021 festgenommene ehemalige Vorsitzende der kasachischen Diaspora in Kirgistan, Marat Toktoutschikow, wird von einem Gericht in Bischkek wegen Hochverrat zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Der genaue Straftatbestand ist nicht bekannt.
8.7.2022	Die UN fordert die kirgisische Regierung auf, den Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen zu verstärken. Laut einer veröffentlichten Stellungnahme zeige man sich besorgt angesichts einer Zunahme geschlechtsspezifischer Gewalt in den letzten Monaten. Zuletzt hatte der Fall um die mehrfache Vergewaltigung eines 13-jährigen Mädchens durch u. a. zwei Polizisten zu scharfen zivilgesellschaftlichen Reaktionen und Forderungen nach Rücktritt von Innenminister Ulan Nijasbekow geführt.
9.7.2022	Tadschikistan entlässt 11 wegen illegalem Grenzübertrittes festgenommene kirgisische Staatsbürger aus der Haft.
12.7.2022	Präsident Dschaparow erlässt ein Dekret, dass die Herstellung, den Import, die Lagerung und den Verkauf von Alkohol ab dem 1.9.2022 unter ein staatliches Monopol stellt. Der Schritt zielt darauf ab, den Schmuggel sowie die illegale Herstellung und den illegalen Vertrieb von Spirituosen einzudämmen.
15.7.2022	Laut dem Minister für Arbeit, soziale Sicherheit und Migration, Kudaibergen Basarbajew, sollen in den kommenden zwei Jahren 1.500 ethnische Kirgis:innen aus Afghanistan nach Kirgistan umgesiedelt werden.
19.7.2022	Laut MediaHub hat die Gruppe Wagner, ein dem Kreml nahestehendes und u. a. am Krieg in der Ukraine beteiligtes Sicherheits- und Militärunternehmen, mit der Rekrutierung kirgisischer und usbekischer Staatsbürger begonnen.
20.7.2022	Laut Wirtschaftsminister Danijar Amangeldijew wird der Handel mit Russland ab sofort fast vollständig in Rubel abgewickelt. Demnach wird nur noch der Handel mit Kraftstoffen und Schmiermitteln in US-Dollar abgewickelt.
21.7.2022	In Tscholpon-Ata (Gebiet Issyk-Kul) findet das vierte Konsultativtreffen der Oberhäupter der zentralasiatischen Staaten statt. Präsident Dschaparow ruft die Anwesenden u. a. dazu auf, eine einheitliche diplomatische Linie gegenüber den Taliban zu entwickeln. Bei bilateralen Gesprächen am Rande des Treffens mit seinem turkmenischen Amtskollegen Serdar Berdymuchammedow bezeichnet Dschaparow Turkmenistan als sehr wichtigen wirtschaftlichen Partner Kirgistans, mit dem man die Beziehungen weiter vertiefen möchte. Das Konsultativtreffen endet mit der Unterzeichnung eines Vertrages über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit durch Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan (Tadschikistan und Turkmenistan wollen nach entsprechenden »internen Verfahren« ebenfalls unterzeichnen).

Turkmenistan

23.5.2022	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL haben Schulen abrupt mit der Praxis aufgehört, von Eltern Geld für gute Noten ihrer Kinder zu erpressen. Zuvor hätten Strafverfolgungsbehörden nach Vorwürfen von illegaler Gelderpressung in Schulen landesweit Ermittlungen aufgenommen.
27.5.2022	Laut Interfax wurde die Ausstrahlung der russischen staatlichen TV-Sender »Rossija 1«, »Rossija 24« und »Zvezda« in Turkmenistan blockiert.
31.5.2022	Laut Chronika Turkmenistana wurde die Ausstrahlung von zuvor blockierten staatlichen russischen TV-Sendern über den neuen Satelliten »Express 80« wiederaufgenommen.
1.6.2022	Turkmenistan Airlines nimmt die seit Ausbruch der Pandemie eingestellte Strecke Turkmenistan–Kasan wieder in Betrieb.
2.6.2022	Laut TDH ist Präsident Serdar Berdymuchammedow im Rahmen einer Umra (kleine islamische Pilgerfahrt) nach Saudi-Arabien gereist. Es handelt sich um die erste Auslandsreise S. Berdymuchammedows seit seinem Amtsantritt am 19.3.2022.
2.6.2022	Laut Current Times wurde die aus Turkmenistan stammende Aktivistin Aisoltan Nijasowa, die aktuell mit der russischen Punkband Pussy Riot durch Europa tourt, aufgrund eines im Jahr 2002 von turkmenischen Behörden via Interpol ausgestellten Haftbefehls von der kroatischen Polizei bei der Einreise aus Slowenien festgenommen. Nijasowa wird der Unterschlagung von 40 Mio. US-Dollar von der turkmenischen Zentralbank verdächtigt, was Nijasowa als konstruierte und politisch motivierte Falschanschuldigung zurückweist. Bereits mehrere Menschenrechtsorganisationen haben eindringlich an die kroatische Regierung appelliert, von einer Auslieferung Nijasowas an Turkmenistan abzusehen.
4.6.2022	Laut Deutschlandfunk wurde Aisoltan Nijasowa auf Anweisung eines Gerichtes in Zagreb wieder aus der Haft entlassen.
4.6.2022	Laut Präsident S. Berdymuchammedow werden zur Wahrung der Ernährungssicherheit umgerechnet 300 Mio. US-Dollar bereitgestellt, davon eine Hälfte für heimische Nahrungsmittelproduzenten und die andere Hälfte für den Nahrungsmittelimport.
5.6.2022	Laut Chronika Turkmenistana sind turkmenische Ingenieure in der afghanischen Stadt Akina eingetroffen, um den Bau der Eisenbahnlinie Akina – Andchoi fortzusetzen, obwohl diese bereits im Januar 2021 offiziell von den damaligen turkmenischen und afghanischen Präsidenten Gurbanguly Berdymuchammedow und Aschraf Ghani eingeweiht wurde.
6.6.2022	Präsident S. Berdymuchammedow empfängt die stellvertretende UN-Generalsekretärin Amina Mohammed in Aschgabat zu Gesprächen, u. a. über die Zusammenarbeit im Rahmen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Nach eigenen Angaben hat Mohammed während des Gespräches die Notwendigkeit der Sicherstellung von Geschlechtergleichheit und zur sozialen Stärkung von Mädchen und Frauen betont.
6.6.2022	Laut dem usbekischen Transportministerium hat Turkmenistan eine Erlaubnis für den Warentransit von und nach Usbekistan über turkmenisches Territorium erteilt.
8.6.2022	Am Rande des dritten Außenministertreffens im Format »Zentralasien – China« in Nur-Sultan besprechen Außenminister Raschid Meredow und sein usbekischer Amtskollege Wladimir Norow Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit, wobei beide Seiten ihre Verpflichtung zu einer Vertiefung der gemeinsamen strategischen Partnerschaft zum Ausdruck bringen.
10.6.2022	Präsident S. Berdymuchammedow wird in Moskau von seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin zu Gesprächen, u. a. über die Zusammenarbeit im Bereich Handel, empfangen. Beide Seiten einigen sich u. a. auf eine Vertiefung der bilateralen strategischen Partnerschaft. Putin bittet Berdymuchammedow, dessen Vater G. Berdymuchammedow, der ein »wirklicher Freund« sei, »herzlichste Grüße« zu übermitteln.
10.6.2022	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL wurden in Aschgabat ohne Ankündigung Wasserrationierungen eingeführt.
13.6.2022	Präsident S. Berdymuchammedow kündigt die Wiederaufnahme des seit Mai 2020 unterbrochenen regulären internationalen Flugverkehrs an.
14.6.2022	Laut Chronika Turkmenistana haben Inspektoren landesweit mit der Überprüfung von Geschäften begonnen und fordern Ladeninhaber:innen auf, u. a. Nagellack, Lippenstift, Wimperntusche und andere kosmetische Produkte, »die der Gesundheit und dem Aussehen der Verbraucher:innen schaden«, aus dem Angebot zu nehmen.
14.6.2022	Präsident S. Berdymuchammedow wird in Teheran von seinem iranischen Amtskollegen Ebrahim Raisi zu Gesprächen empfangen, wobei beide Seiten insgesamt neun Dokumente über die bilaterale Zusammenarbeit unterzeichnen, u. a. in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, Kultur und humanitärer Austausch. Bei einer Pressekonferenz bezeichnen beide Seiten den Besuch als »möglichen Wendepunkt« in den bilateralen Beziehungen.

15.6.2022	Laut Chronika Turkmenistana können die Einwohner:innen Aschgabats bereits seit dem 11.6.2022 wieder in die einzelnen Gebiete des Landes reisen, ohne dafür eine Genehmigung beantragen zu müssen.
17.6.2022	Finanz- und Wirtschaftsminister Muchammetgeldy Serdarow nimmt am 25. Internationalen Wirtschaftsforum St. Petersburg teil. In seiner Ansprache lädt er die Anwesenden zur UN-Konferenz über logistische Herausforderungen von Binnenstaaten in Aschgabat am 15./16.8.2022 ein.
20.6.2022	Bei Gesprächen zwischen Präsident S. Berdymuchammedow und dem stellvertretenden Generaldirektor der China National Petroleum Company (CNPC), Hou Qijun, in Aschgabat, äußert letzterer sein Interesse an »einer Ausweitung der Präsenz im vielversprechenden Markt Turkmenistans« und an einer »aktiven Teilnahme an der Umsetzung umfangreicher Reformprogramme und Infrastrukturprojekte.«
21.6.2022	Laut Chronika Turkmenistana ist Präsident S. Berdymuchammedow für einen zweitägigen Klinikaufenthalt in München nach Deutschland geflogen.
22.6.2022	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL haben turkmenische Behörden nach dem Besuch von Präsident S. Berdymuchammedow in Moskau am 10.6.2022 mit dem Ausstellen von internationalen Pässen für Personen mit doppelter (russisch-turkmenischer) Staatsbürgerschaft begonnen. Offiziell wird eine Doppelstaatsbürgerschaft in Turkmenistan nicht anerkannt.
26.6.2022	Laut TDH sind in Kabul Lebensmittel, Medikamente und medizinische Güter aus Turkmenistan eingetroffen, die auf Anweisung von Präsident S. Berdymuchammedow als humanitäre Hilfe für die von einem kürzlichen Erdbeben betroffenen Provinzen Chost und Paktika entsendet wurden.
27.6.2022	Turkmenistan Airlines wird nach eigenen Angaben ab dem 1.7.2022 wieder regulär die Strecke Aschgabat – Moskau bedienen. Der reguläre internationale Flugverkehr von und nach Turkmenistan wurde mit dem Beginn der Pandemie ausgesetzt.
28.6.2022	Am Rande des Treffens der Außenminister der Kaspischen Staaten führen Außenminister Meredow und sein russischer Amtskollege Sergej Lawrow bilaterale Gespräche, mit einem Schwerpunkt auf Fragen der Sicherheit im Kaspischen Raum. Laut Lawrow schätze Russland die bilateralen Beziehungen zu Turkmenistan »sehr«.
29.6.2022	Im Vorfeld des sechsten Kaspischen Gipfels empfangen der Volksratsvorsitzende Gurbanguly Berdymuchammedow und sein Sohn und Präsident S. Berdymuchammedow die Präsidenten Kasachstans, Irans, Aserbaidshans und Russlands zu jeweiligen bilateralen Gesprächen.
29.6.2022	Bei dem bilateralen Gespräch zwischen Präsident S. Berdymuchammedow und dem iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi unterzeichnen beide Seiten ein Kooperationsabkommen für die kommenden 20 Jahre. Raisi zufolge möchte der Iran den Import von turkmenischen Erdgas wiederaufnehmen und die ausstehenden Schulden von 1,8 Mrd. US-Dollar gegenüber Turkmenistan, das den Gasexport über die Korpeje-Kurtkui-Pipeline nach Iran 2016 ausgesetzt hat, begleichen.
29.6.2022	In Aschgabat beginnt das sechste Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter der Kaspischen Staaten Turkmenistan, Iran, Aserbaidshans, Russland und Kasachstan. Für Wladimir Putin ist es der zweite ausländische Staatsbesuch seit dem russischen Überfall auf die Ukraine. In einem gemeinsamen Abschlusskommunique werden u. a. die Achtung von Souveränität und territorialer Integrität, Friedfertigkeit und die Gewährleistung von Stabilität und Sicherheit als Grundlagen der multilateralen Zusammenarbeit im Kaspischen Raum bestimmt.
30.6.2022	Laut Chronika Turkmenistana haben sich der staatliche Ölkonzern Türkmennebit und der emiratische Ölkonzern Dragon Oil auf eine Laufzeitverlängerung des Production Sharing Agreement zur Ölförderung in u. a. zwei großen Kohlenwasserstofffeldern im Kaspischen Meer bis 2035 geeinigt. Der laufende Vertrag wäre 2025 ausgelaufen.
1.7.2022	Präsident S. Berdymuchammedow empfängt den türkischen Vizepräsidenten Fuat Oktay in Aschgabat zu Gesprächen. Laut Oktay arbeite man an »drei Alternativen« für die Belieferung der Türkei mit turkmenischem Erdgas, die fast fertig seien. Weitere Informationen dazu gibt es nicht.
4.7.2022	Außenminister Meredow empfängt den stellvertretenden WTO-Generaldirektor, Zhan Xiangchen, in Aschgabat zu Gesprächen, u. a. über den Fortschritt des turkmenischen Prozesses für einen möglichen Beitritt in die Organisation. Turkmenistan ist seit November 2021 offizieller Bewerber für einen Beitritt zur WTO.
7.7.2022	Laut Turkmen.news lässt der Migrationsdienst Minderjährige, die zwischen 2015 bis 2020 die russische Staatsbürgerschaft ihrer Eltern angenommen haben, nicht mehr aus dem Land.

8.7.2022	Präsident S. Berdymuchammedow ernennt den bisherigen Gesundheitsminister Nurmuchammed Amannepesow zum neuen stellvertretenden Ministerkabinettsvorsitzenden und den bisherigen stellvertretenden Gesundheitsminister Atageldy Germanow zum neuen Gesundheitsminister. Außerdem werden zahlreiche weitere stellvertretende Ministerkabinettsvorsitzende, darunter der erste stellvertretende Ministerkabinettsvorsitzende für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, und die für die wirtschaftliche Entwicklung verantwortlichen Regierungskuratoren der fünf Gebiete, ausgetauscht (der ehemalige Generalstaatsanwalt Batyr Atdajew wird Kurator für das Gebiet Ahal). Insgesamt werden 26 von 50 Regierungsposten neu vergeben.
8.7.2022	Präsident S. Berdymuchammedow ordnet die Regulierung und Kontrolle von Devisengeschäften an.
11.7.2022	Der Volksratsvorsitzende und ehemalige Präsident G. Berdymuchammedow veranstaltet im Hotel Arkadag in Aschgabat unter Anwesenheit von Vertretern der turkmenischen Regierung und japanischen Botschaft eine Trauerzeremonie zum Gedenken an den ehemaligen japanischen Premierminister Shinzo Abe. Abe wurde während einer Wahlkampfveranstaltung in der japanischen Stadt Nara am 8.7.2022 von einem Attentäter erschossen.
12.7.2022	Präsident S. Berdymuchammedow genehmigt das Konzept für die turkmenischen Außenpolitik im Zeitraum 2022 bis 2028, das u. a. die turkmenische Neutralität betont und eine engere Zusammenarbeit mit »führenden internationalen Finanz-, Wirtschafts- und Handelsinstitutionen« vorsieht.
13.7.2022	S. Berdymuchammedow empfängt den Minister für Energie und Infrastruktur der VAE, Suhail Al Mazroui, in Aschgabat zu Gesprächen, u. a. über emiratische Investitionen in den turkmenischen Energiesektor und die weitere bilaterale Zusammenarbeit im Bereich erneuerbarer Energien. U. a. ist der Bau eines Solar- und Windkraftparks im Gebiet Balkan geplant, der durch ein Darlehen des Abu Dhabi Development Funds im Wert von 25 Mio. US-Dollar finanziert wird.
14.7.2022	Auf dem ersten interregionalen Forum im usbekischen Buchara schließen Turkmenistan und Usbekistan Investitions- und Handelsverträge im Gesamtwert von 451 Mio. US-Dollar ab.
14.7.2022	Präsident S. Berdymuchammedow wird in Taschkent von seinem usbekischen Amtskollegen Schawkat Mirsijojew zu Gesprächen, u. a. über Möglichkeiten zur Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Industrie und Warentransit, empfangen. U. a. einigen sich beide Seiten auf eine Steigerung des bilateralen Handelsvolumens von aktuell jährlich 902 Mio. US-Dollar auf jährlich zwei Mrd. US-Dollar.
18.7.2022	Laut von RFE/RL zitierten Anwohner:innen wurde inmitten einer Hitzewelle mit Temperaturen über 40 Grad in mehreren Stadtteilen Aschgabats das Wasser abgestellt.
20.7.2022	Nachdem die Behörden der Föderierten Staaten von Mikronesien offiziell die ersten Fälle von Covid-19 bestätigt haben, verbleibt Turkmenistan als letzter Staat mit mehr als 100.000 Einwohner:innen, in dem es bisher offiziell keine Infektionen mit Covid-19 gegeben hat.
20.7.2022	Präsident S. Berdymuchammedow empfängt den georgischen Premierminister Irakli Garibashvili in Aschgabat zu Gesprächen, u. a. über gemeinsame Projekte zur Erhöhung der Effizienz und Sicherheit von Frachttransporten über das Kaspische und Schwarze Meer. Beide Seiten unterzeichnen ein Abkommen zur Zusammenarbeit im Verkehrsbereich, das u. a. die Etablierung von Direktflugstrecken zwischen beiden Ländern vorsieht.
21.7.2022	Präsident S. Berdymuchammedow nimmt in Tscholpon-Ata in Kirgistan am vierten Konsultativtreffen der Oberhäupter der zentralasiatischen Staaten teil. Laut Berdymuchammedow sei Entschlossenheit und Einheit notwendig, um mögliche »von außen« vorgenommene Versuche zur Destabilisierung der Region abzuwenden. Zur Bewahrung Zentralasiens als einer »Zone der Stabilität« sei demnach die Etablierung eines starken »regionalen Sicherheitssystems« durch vertiefte politische und diplomatische Zusammenarbeit notwendig.

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Verantwortliche Redakteure: Rostam Onsori und Richard Schmidt
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
Dr. Beate Eschment, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin
Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1866-2110 © 2022 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH • Mohrenstraße 60 • 10117 Berlin • Telefon: +49 (30) 2005949-20
e-mail: rostam.onsori@zois-berlin.de, richard.schmidt@zois-berlin.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>